

Offener Brief des BDSW an die Verantwortlichen der Innen-, Wirtschafts- sowie Arbeits- und Sozialpolitik in Bund und Ländern

Geplante Reformen bei Minijobs gefährden die Sicherheit von Veranstaltungen und das gesellschaftliche Leben in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister,

sehr geehrte Damen und Herren Senatorinnen und Senatoren,

sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,

Deutschland stellt zu Recht immer höhere Anforderungen an die Sicherheit öffentlicher Veranstaltungen. Nach den Anschlägen und Sicherheitsvorfällen der vergangenen Jahre wurden Sicherheitskonzepte verschärft, Auflagen erweitert und die Anforderungen an Veranstalter und Sicherheitsunternehmen kontinuierlich erhöht.

Diese Entwicklung ist richtig und notwendig.

Doch genau diese Sicherheitsstandards geraten nun durch politische Überlegungen zur Zukunft der geringfügigen Beschäftigung in Gefahr.

Mit großer Sorge beobachten wir als Bundesverband der Sicherheitswirtschaft die Empfehlungen der Rentenkommission zur Zukunft der geringfügigen Beschäftigung sowie die hieraus entstandene politische Diskussion. Die Kommission empfiehlt unter anderem, den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus von Minijobs weitgehend aufzuheben und geringfügige Beschäftigungen künftig grundsätzlich in die Sozialversicherung einzubeziehen. Die Ankündigung von Bundeskanzler Friedrich Merz, diese Empfehlungen sorgfältig zu prüfen und als Grundlage für die weiteren politischen Beratungen heranziehen zu wollen, verleiht den Vorschlägen zusätzliches politisches Gewicht.

Unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung sorgen die diskutierten Reformen bereits heute für erhebliche Verunsicherung bei Unternehmen und Beschäftigten. Für die Sicherheitswirtschaft geht es dabei nicht um eine arbeitsmarktpolitische Detailfrage, sondern um die Fähigkeit, die steigenden Sicherheitsanforderungen bei Veranstaltungen überhaupt noch erfüllen zu können.

Ohne Minijobs fehlt das Personal

Insbesondere in der Veranstaltungs- und Ordnungsdienstsicherheit werden heute weit über 90 Prozent der Einsatzkräfte im Rahmen geringfügiger Beschäftigungen eingesetzt. Dies ist keine Folge schlechter Arbeitsbedingungen, sondern Ausdruck der besonderen Einsatzstruktur.

Sportveranstaltungen, Konzerte, Festivals, Volksfeste, Weihnachtsmärkte, Messen oder Stadtfeste finden überwiegend abends, an Wochenenden oder an wenigen Tagen im Jahr statt. Innerhalb kürzester Zeit werden dabei häufig mehrere hundert oder sogar tausend Sicherheitskräfte benötigt. Kein Unternehmen kann solche Einsatzspitzen dauerhaft mit Voll- oder Teilzeitpersonal wirtschaftlich vorhalten. Minijobs bilden deshalb seit Jahrzehnten die personelle Grundlage der Veranstaltungssicherheit in Deutschland.

Auch außerhalb des Veranstaltungsbereichs leisten geringfügig Beschäftigte einen unverzichtbaren Beitrag. Sie sichern Wochenend- und Feiertagsdienste ab, gleichen kurzfristige Auftragsspitzen aus und entlasten die Stammbesellschaften.

Die Folgen wären dramatisch

Sollten Minijobs durch zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge oder den Wegfall ihrer bisherigen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorteile erheblich an Attraktivität verlieren, würde die Sicherheitswirtschaft innerhalb kürzester Zeit einen großen Teil ihrer erfahrenen Einsatzkräfte verlieren.

Viele dieser Beschäftigten arbeiten bewusst neben Studium, Ausbildung, Familie oder einer Hauptbeschäftigung. Sie verfügen über langjährige Erfahrung, kennen die Abläufe großer Veranstaltungen und besitzen die erforderlichen Qualifikationen. Es ist weder realistisch noch wirtschaftlich darstellbar, diesen Personenkreis kurzfristig in klassische Voll- oder Teilzeitbeschäftigung zu überführen.

Die Folgen wären unmittelbar spürbar: Zahlreiche Veranstaltungen könnten ihre behördlich geforderten Sicherheitskonzepte personell nicht mehr erfüllen. Betroffen wären Fußballspiele vom Amateurbereich bis zur Bundesliga ebenso wie Konzerte, Festivals, Weihnachtsmärkte, Stadt- und Volksfeste sowie viele kulturelle Veranstaltungen. Kommunen, Vereine und Veranstalter stünden vor kaum lösbaren organisatorischen und finanziellen Herausforderungen – nicht wegen fehlender Sicherheitskonzepte, sondern weil das erforderliche Personal nicht mehr verfügbar wäre.

Sicherheitspolitik und Arbeitsmarktpolitik zusammen denken

Bund, Länder und Kommunen erhöhen zu Recht kontinuierlich die Anforderungen an die Sicherheit öffentlicher Veranstaltungen. Gleichzeitig dürfen arbeitsmarktpolitische Entscheidungen nicht dazu führen, dass genau das Personal verloren geht, das diese Anforderungen erfüllt.

Wer höhere Sicherheitsstandards fordert, muss zugleich dafür sorgen, dass ausreichend qualifizierte Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen. Andernfalls scheitern Veranstaltungen künftig nicht an fehlenden Sicherheitskonzepten, sondern an deren praktischer Umsetzbarkeit.

Unsere Forderungen

Der BDSW fordert deshalb mit Nachdruck:

- Keine Abschaffung oder faktische Entwertung der geringfügigen Beschäftigung, solange keine praxistaugliche Alternative für sicherheitsrelevante Einsatzbereiche existiert.
- Erhalt flexibler Beschäftigungsmodelle, die den besonderen Anforderungen der Veranstaltungs- und Sicherheitsbranche gerecht werden.
- Keine zusätzlichen finanziellen Belastungen der Unternehmen durch eine generelle Einbeziehung geringfügiger Beschäftigungen in die Sozialversicherung – insbesondere nicht durch zusätzliche Arbeitgeberbeiträge zur Pflegeversicherung. Gerade diese dauerhaft steigenden Personalkosten würden den Einsatz von Minijobbern erheblich verteuern, qualifizierte Beschäftigte verdrängen und die personellen Kapazitäten der Sicherheitswirtschaft nachhaltig schwächen.
- Eine dynamische Anpassung der Minijob-Grenze an die Entwicklung des Mindestlohns beziehungsweise der Inflation, um die Attraktivität dieses Beschäftigungsmodells dauerhaft zu erhalten.
- Eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Wirtschaft in politische Beratungen über die Zukunft geringfügiger Beschäftigung.

Wir appellieren eindringlich an Sie, sich dafür einzusetzen, dass die besonderen Anforderungen der Sicherheitswirtschaft bei den weiteren politischen Beratungen berücksichtigt werden.

Die erfolgreiche Durchführung der UEFA EURO 2024 hat eindrucksvoll gezeigt, dass Deutschland auch unter deutlich gestiegenen Sicherheitsanforderungen internationale Großveranstaltungen sicher ausrichten kann. Möglich war dies jedoch nur durch den Einsatz tausender qualifizierter Sicherheitskräfte der privaten Sicherheitswirtschaft.

Sicherheit braucht Menschen. Und Menschen brauchen verlässliche, praxistaugliche und attraktive Beschäftigungsmodelle.

Arbeitsmarktpolitische Entscheidungen dürfen deshalb nicht unbeabsichtigt die personellen Grundlagen der Inneren Sicherheit schwächen. Wer Minijobs abschafft oder faktisch unattraktiv macht, verändert nicht nur ein Beschäftigungsmodell – sondern gefährdet die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen und damit einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Landstorfer
Präsident

Cornelia Okpara
Hauptgeschäftsführerin

Bundesverband der Sicherheitswirtschaft

Berlin im Juni 2026